

Das Programm der Volkspartei

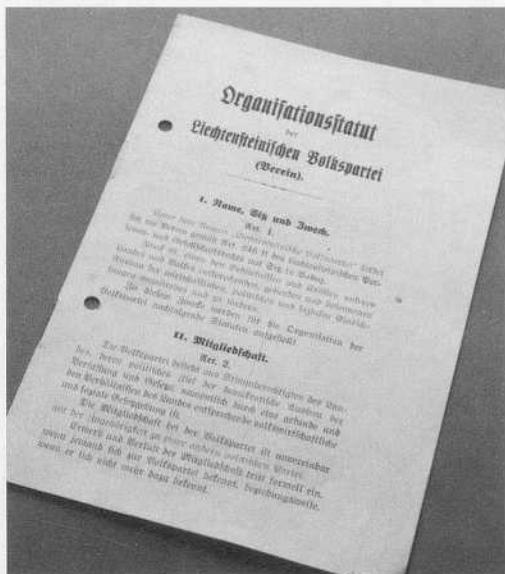
Am 26. Dezember 1925 beschloss die Vertrauensmännerversammlung der Volkspartei eine Revision des Parteiprogrammes vom 18. Januar 1918. Das «Partei- und Arbeitsprogramm der liechtensteinischen Volkspartei» gliedert sich in neun Hauptabschnitte: Grundsätze, Wirtschaft, Sozialpolitik, Verfassung, Verwaltung, Finanzen, Kultur, Gemeinwesen und Gesetzgebung.

Die Volkspartei steht auf dem Boden einer «demokratischen Monarchie auf parlamentarischer Grundlage», befürwortet eine nationale, volkstümliche Politik auf katholischer und geschichtlicher Weltanschauung. Zweck ist die Hebung des Wohlergehens des Volkes, des Staates und der Gemeinden.

Im einzelnen fordert sie eine Politik der Wohlfahrt, Hebung der Verdienstmöglichkeiten und der Erwerbsfähigkeit der Bevölkerung. Bezüglich der Landwirtschaft will sie Güterzusammenlegungen staatlich unterstützen, ebenso Entsumpfungen und Kanalisierungen, die Viehzucht fördern, vermehrte Aufforstungen im Gebirge vornehmen, das landwirtschaftliche Versicherungswesen unterstützen und den Absatz der Produkte sichern.

Weiter will sie den Ausbau der Gewerbe-gesetzgebung, Heimatschutz, Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, Förderung und Unterstützung des Lehrlings- und des gewerblichen Kurswesens sowie die Regelung der öffentlichen Arbeitsvergabe durchsetzen. Weitere Postulate sind der Ausbau der Berufsberatung, des Vereinswesens, die Förderung des Verkehrswesens nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten und die Unterstützung der Wirtschaftskammer.

In sozialpolitischer Hinsicht tritt sie ein für Arbeiterschutz und Arbeiterrecht, Versicherungszwang und dessen amtliche Kontrolle, Ausbau einer Alters- und Invalidenversicherung sowie der Kranken- und Unfallversicherung.



Organisations-Statut der Liechtensteinischen Volkspartei vom 19. Januar 1927.

Andere Punkte betreffen Massnahmen zugunsten des Gesundheitswesens, Freizügigkeit für Studierende, Armengesetzgebung und Schutz der Gebrechlichen und Hilflosen. Befürwortet wird die Abschaffung aller Berufs-, Klassen- und Standesvorrechte mit Vorbehalt jener des Fürstenhauses. Ein wichtiges Postulat ist die Forderung nach besseren Bildungsmöglichkeiten für die Frauen und deren vermehrter Einbezug in öffentlichen Belangen.

Die Partei verlangt eine ausgeglichene Staatsrechnung, Schaffung neuer Einnahmequellen, Unterstützung der finanziell Schwächeren, Entlastung besonders